

Feuerwehr Hessen *news*



saal, Hessischer Landtag
Heibel
sischer Landtag, Kanzlei

Im Blickpunkt
Landtagswahl 2018



Sonderausgabe
Informationsdienst des Landes-
feuerwehrverbandes Hessen
Nr. 5, Oktober 2018,
3. Jahrgang

Herausgeber:

Landesfeuerwehrverband
Hessen e. V.
Kölnische Straße 44 – 46
34117 Kassel
Telefon 05 61/78 89-4 51 47
Telefax 05 61/78 89-4 49 97
E-Mail: Info@feuerwehr-hessen.de
Internet:
www.feuerwehr-hessen.de

Redaktion:

Ralf Ackermann
Günter Fenchel
Harald Popp
Birgit Sattler

Titelbild

Hessischer Landtag,
Quelle: Kanzlei, H. Heibel

Partner des LfV:



Kopieren erwünscht

Bitte machen Sie diese Informa-
tionen allen interessierten Feuer-
wehrangehörigen zugänglich. Bitte
hängen Sie die wichtigsten Informa-
tionen außerdem am »Schwarzen
Brett« aus.



Dr. Christoph Weltecke
Vizepräsident
Landesfeuerwehrverband Hessen

■ Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Feuerwehrkameradinnen und -kameraden,

Demokratie ist eine großartige Errungenschaft und sie lebt vom mitmachen! Dies gilt nicht nur in unseren eigenen Strukturen, wo wir in den Einsatzabteilungen und den Vereinen unsere Führungskräfte selbst wählen. Mit den Wahlen zum hessischen Landtag haben wir alle fünf Jahre die Chance, die Abgeordneten und damit diejenigen zu wählen, die unsere Interessen im Parlament vertreten sollen. In diesem Jahr ist es wieder soweit. Ich appelliere daher an Euch, dieses demokratische Mitbestimmungsrecht zu nutzen und von Eurem Wahlrecht am 28. Oktober Gebrauch zu machen.

In vielen Ländern der Welt ist Demokratie bis heute keine Selbstverständlichkeit und andere beneiden uns um sie. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Demokratie durch die aktive Teilnahme unterstützen. Vor einer Entscheidung in der Wahlkabine gilt es die unterschied-

lichen Positionen der Bewerberinnen und Bewerber zu prüfen und zu bewerten. Glücklicherweise durften wir in den vergangenen Jahren feststellen, dass beim Thema Feuerwehr im Landtag oftmals fraktionsübergreifend Einigkeit über die richtigen Entscheidungen bestand. Gleichwohl muss man sich am Ende für »ein Kreuz« entscheiden. Der Landesfeuerwehrverband agiert überparteilich. Daher geben wir keine Wahlempfehlung ab, sondern haben den im hessischen Landtag vertretenen demokratischen Parteien Fragen rund um die Zukunft der Feuerwehr gestellt. Dabei geht es um die Finanzierung der Feuerwehr ebenso wie um die Ausbildung und die Ausstattung sowie Fragen der Zukunft der Nachwuchsgewinnung in den Kinder- und Jugendfeuerwehren. Die Antworten der Parteien auf unsere »Wahlprüfsteine« haben wir in diesem Heft im Wortlaut unkommentiert zusammengestellt. So könnt Ihr Euch selbst ein Bild davon machen, welche Partei die Interessen der Feuerwehr bestmöglich vertritt. Der Landesfeuerwehrverband möchte damit seinen Beitrag zur Information für die Landtagswahl leisten, auch wenn uns bewusst ist, dass es viele andere Themen gibt, die bei der Entscheidung von Interesse sind.

In diesem Zusammenhang ist uns noch eine Anmerkung wichtig: Demokratie kennt keine einfachen Antworten, sondern setzt voraus, dass viele Meinungen gehört und hieraus Antworten formuliert werden. Die komplexen Herausforderungen unserer Zeit erfordern komplexe Antworten und solche Prozesse brauchen auch manchmal Zeit. Deshalb ist es wichtig, dass die Abgeordneten in

den Parlamenten in der Sache miteinander streiten, aber auch das sie einander zuhören. Diejenigen die allzueinfache Antworten als eine Alternative zu diesem demokratischen Miteinander und Ringen versprechen sind am Ende gar keine Demokraten und können keine Unterstützung aus den Feuerwehren erwarten. Denn Feuerwehren stehen für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung haben bei uns keinen Platz. Wir helfen in Not geratenen Menschen ohne Ansehen der Person, der Hautfarbe oder der Religionszugehörigkeit.

Bei der Landtagswahl gibt es in diesem Jahr noch eine Besonderheit: In einer großen Kommission wurden im vergangenen Jahr durch das Parlament Änderungsvorschläge für die Hessische Verfassung erarbeitet. Die Hessische Verfassung kann nur durch das Volk geändert werden. Daher steht am 28. Oktober neben den Wahlen zum Hessischen Landtag auch noch eine Abstimmung über unsere Verfassung an. Dabei geht es unter anderem auch darum, dass Ehrenamt als Staatsziel des Landes Hessen aufzunehmen. Die Änderungsvorschläge und deren Begründungen werden in diesen Tagen durch den Landeswahlleiter jedem Wahlberechtigten gemeinsam mit der Wahlbenachrichtigung zugeschickt. Auch insoweit wünschen wir gute Lektüre.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kameradinnen und Kameraden! Demokratie ist eine großartige Sache und lebt vom mitmachen. Gehen Sie am 28. Oktober zur Landtagswahl und unterstützen Sie mit der Wahl einer demokratischen Partei unser demokratisches System!

Christoph Weltecke

Der LFV fragt – die Parteien antworten

Frage

CDU

SPD

Kinderfeuerwehr/Jugendfeuerwehr



• Was tun Sie, um die Nachwuchsgewinnung in der Feuerwehr und die Stärkung der Arbeit der Kinder- sowie der Jugendfeuerwehren zu unterstützen?

Die Förderung der Kinder- und Jugendfeuerwehren und die Nachwuchsgewinnung sind uns ein Herzensanliegen. Wir planen deshalb eine Landesoffensive zur Nachwuchsgewinnung und werden die Zusammenarbeit von Feuerwehren, Kindertagesstätten und Schulen durch enge Kooperationen ausbauen, um eine noch erfolgreichere Jugendarbeit sowie Brandschutzerziehung und -aufklärung zu erreichen.

Mit der Arbeit in diesem Bereich haben wir schon begonnen: Mehr als 36.000 Mädchen und Jungen sind derzeit in ihrer Freizeit in den hessischen Jugendfeuerwehren aktiv, wir haben Kindergruppen, Bambinifeuerwehren und Jugendfeuerwehren. Allein die hessische Jugendfeuerwehr erhält von der CDU-geführten Landesregierung jährliche Zuwendungen in Höhe von 159.400 (2017) Euro.

Bei der Hessischen Landesfeuerweherschule werden in 2018 und 2019 je zwei Stellen für den Betrieb des künftigen Jugendfeuerwehrausbildungszentrums (JFAZ) in Marburg geschaffen und mit dem Neubau des JFAZ schaffen wir außerdem eine moderne, bedarfsgerechte Stätte für die fundierte Ausbildung der rund 7.000 ehrenamtlichen Jugendbetreuerinnen und -betreuer und damit eine Grundvoraussetzung für die vollumfassende Stärkung der Nachwuchsförderung in unseren Feuerwehren.

Auch der Übergang von der Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilungen muss im Rahmen der Landesoffensive thematisiert, evaluiert und bei Bedarf angepasst werden, damit die Nachwuchsgewinnung nicht am Ende der Jugendfeuerwehren abreißt. Zusammen mit dem Landesfeuerwehrverband wird derzeit ein Starter-Set für Neueinsteiger (Übertritte aus der

Für die Einsatzabteilungen sind die Kinder- und Jugendfeuerwehren von existenzieller Bedeutung. Schulen und Kindergärten sind die besten Orte, um Jugendliche und Kinder zu erreichen. Wir wollen deshalb die Kooperationen mit diesen ausbauen und insbesondere die Brandschutzerziehung nutzen, um viele Kinder zum Mitmachen zu animieren. Kinder und Jugendliche können sich nur im Ehrenamt engagieren, wenn sie dafür genügend Freiräume haben. Dafür unterstützen wir den Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der Ganztagsangebote. Eine breite Öffentlichkeitsarbeit (Comic, kleine Filme, Plakate) soll zur Mitgliederwerbung beitragen. Den Bau des Jugendausbildungszentrums wollen wir schnell fertigstellen, um gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Brandschutzerzieher/innen und Kinder- und Jugendbetreuer/innen zu ermöglichen.

FDP

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Wir Freie Demokraten in Hessen wollen die Nachwuchsgewinnung durch die Jugendfeuerwehren weiter unterstützen. Dies funktioniert nur durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bzw. öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, die ohnehin schon vorbildlich von den Feuerwehren durchgeführt werden.

Wir wollen eine verstärkte Präsenz der Freiwilligen Feuerwehren in den Schulen und eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Schulen.

Auch um Menschen mit Migrationshintergrund wird von den Freiwilligen Feuerwehren in Hessen angesichts der demografischen Entwicklung geworben. Diese integrativen Ansätze unterstützen wir ausdrücklich. Wir wollen zudem Hindernisse abbauen, die verhindern, dass Menschen sich ehrenamtlich betätigen. Wir brauchen hauptamtliche Unterstützung für das Engagement, insbesondere für Schulungen und Supervision, und flexible Projektförderungen, um passgenaue Integrationsangebote mit unterschiedlichsten Trägern anbieten zu können. Die Freiwilligen Feuerwehren leisten im Übrigen auch einen wertvollen Beitrag für die Nachwuchsgewinnung der Berufsfeuerwehren.

Die Grünen

Außer durch Brandschutzerzieherinnen und -erzieher wird die Kinder- und Jugendarbeit vor allem durch ehrenamtlich tätige Betreuerinnen und Betreuer organisiert und gestaltet. Um die Kinder- und Jugendarbeit in den Freiwilligen Feuerwehren weiter zu fördern und zu stärken, baut das Land die Gebäude der ehemaligen Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Marburg-Cappel, für den im ersten Bauabschnitt 6,5 Mio. Euro zur Verfügung stehen, zum Jugendfeuerwehrausbildungszentrum (JFAZ) der Hessischen Landesfeuerweherschule um. Es ist beabsichtigt, in einem zweiten Bauabschnitt die Zahl der Lehrgangsplätze auf 72 zu erhöhen. Das Angebot des JFAZ richtet sich insbesondere an die Betreuerinnen/Betreuer der Jugendfeuerwehren und Kindergruppen in den Freiwilligen Feuerwehren sowie Feuerwehrangehörige und Ausbilder für den Bereich der Brandschutzerziehung.

Die Linken

Die Brandschutzerziehung sollte integraler Bestandteil der Bildungsarbeit in KiTas und Schulen sein. Feuerwehren müssen deshalb darin unterstützt werden, im Rahmen des Unterrichts und von Projekttagen die Bedeutung ihrer Arbeit vorzustellen. Feuerwehr muss auch als Chance begriffen werden, um Dinge zu erlernen und Fortbildungen wahrnehmen zu können.

Frage

CDU

SPD

Jugendfeuerwehr und Quereinsteiger) in die Einsatzabteilung entwickelt, das am ersten Tag des Grundlehrgangs verteilt werden und deutlich machen soll, wie wichtig diese neue Aufgabe für die Gesellschaft ist.



- Wie können aus Ihrer Sicht diese Aktivitäten gestärkt werden, um Chancen der Integration zu nutzen?

Selbstverständlich ist die Jugendarbeit der Feuerwehren eine Chance, vor allem für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, sich in einen wichtigen Teil der Gesellschaft zu integrieren. Sich einzubringen, die eigene Wirksamkeit zu erfahren und aktiv zu helfen bzw. zu lernen, darf als Chance für Integration in diesem Bereich nicht unterschätzt werden. Deswegen sind die entsprechenden Maßnahmen des Hessischen Innenministeriums unter CDU-Führung bspw. im Rahmen der langfristigen Initiative »Integrationskampagne Brandschutz« und durch die Auslobung eines Integrationspreises Brandschutz richtungsweisend. Hier wollen wir weiter ansetzen. Zentrale Voraussetzung für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund oder von Flüchtlingen ist das gegenseitige Verständnis. Dieses soll mit dem Angebot von zwei aufbauenden zweitägigen Seminaren für Feuerwehrangehörige an der Landesfeuerwehrschule in Kassel gefördert werden. Auch der neu gegründete »Integrationsbeirat Brandschutz« beim HMdIS umfasst alle maßgeblichen Organisationen (Innenministerium, Sozialministerium, LFV, Unfallkasse Hessen, Kommunale Spitzenverbände, agah, Integrationsbüro des Kreises Offenbach) und unterstützt die Kampagne maßgeblich. Im Rahmen einer Werbekampagne, die sich speziell an Kinder und Jugendliche richtet, sollen neben den aktuellen Helden »Captain Firefighter« und »Hydrogirl«, weitere Figuren zum Integrationsthema entwickelt werden: die Integrationshelden.

Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in die Kinder- und Jugendgruppen der Feuerwehr ist für die SPD ein wichtiger Handlungspunkt. Gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband wollen wir mehr Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund für die freiwillige Feuerwehr gewinnen. Wir stellen uns vor, zusätzliche Seminare für Jugendfeuerwehrwarte und Ausbilder im Bereich interkulturelle Kompetenz zu fördern, Information und Anleitung zum Umgang mit einem interkulturellen Team anzubieten und eine zielgruppengerechte Informationskampagne zu starten.

Im vergangenen Jahr wurde erstmals ein Feuerwehr-Integrationspreis ausgelobt. Damit sollen Feuerwehren ausgezeichnet werden, die gelungene Projekte bei der Integration von Zuwanderern, Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen entwickelt haben. Im Rahmen der Integrationskampagne Brandschutz werden an der Hessischen Landesfeuerweherschule interkulturelle Berater der Feuerwehren geschult, die diese Menschen gezielt für die Arbeit in den Feuerwehren gewinnen sollen. Zudem soll auf diese Weise die interkulturelle Kompetenz der Feuerwehr gestärkt werden. Koordiniert werden die Maßnahmen der Integrationskampagne von dem zu diesem Zweck neu gegründeten »Integrationsbeirat Brandschutz«. Wir werden diesen Weg weiter beschreiten.

Integration, nicht nur von Geflüchteten, ist ein andauernder Prozess, der von den Bildungseinrichtungen, über Sport- und Kulturvereine bis hin zum Arbeitsmarkt gelingen muss. Auch die Feuerwehren können hierbei eine wesentliche Rolle spielen und profitieren, wenn sowohl Geflüchtete, wie auch die Eingesessenen dies als Chance zur Teilhabe begreifen. Dabei brauchen die Feuerwehren jedoch Unterstützung, um beispielsweise Sprach- und Kulturbarrieren zu überwinden.

Frage

CDU

SPD



- Wie können rechtliche und tatsächliche Hürden für mehr Inklusion abgebaut werden?

Bei allen Erfolgen wissen wir, dass noch eine Wegstrecke vor uns liegt, um möglichst viele Menschen mit Behinderung bestmöglich in alle Bereiche der Gesellschaft zu integrieren – als CDU Hessen werden wir den eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen und entwickeln. Für Menschen mit Behinderung sind die Teilnahme und das Engagement in der hessischen Feuerwehr natürlich möglich, auch wenn einzelne Arbeiten oder Übungen nicht durchgeführt werden können. Die Inklusion in den Jugendfeuerwehren sowie in der Einsatzabteilung wird gelebt. In Hanau wird beispielsweise mit finanzieller Unterstützung der Landesregierung Brandschutzerziehungsunterricht an einer Förderschule angeboten. Auch dadurch werden Hemmungen und tatsächliche Hürden abgebaut. Dies begrüßen wir ausdrücklich und werden auch künftig vergleichbare Initiativen im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen.

Nur in einer solidarischen, gerechten Gesellschaft ist der soziale Frieden gewährleistet. Jede und jeder soll die gleiche Chance auf ein erfülltes Leben haben. Leitgedanke unserer Sozialpolitik ist die Inklusion. Wir wollen deshalb Projekte der Kinder- und Jugendfeuerwehren im Bereich der Inklusion stärker unterstützen. Auch bei freiwilligen Feuerwehren gibt es Aufgaben, für die nicht die höchste Fitness erforderlich ist. Wir wollen deshalb gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband die rechtlichen und tatsächlichen Hürden für Inklusion abbauen.



- Wie stehen Sie zu der Sicherheitsausbildung für alle? Eine Forderung des Verbandes:

Brandschutzerziehung wird fester Bestandteil im Schulunterricht und der Verkehrserziehung gleichgesetzt

Kinder sollen schon früh lernen, wie man handeln muss, wenn es brennt. Die Brandschutzerziehung sollte deshalb an allen Grundschulen vermittelt werden. Die Brandschutzerziehung im Schulunterricht kann auch dazu beitragen, mehr Kinder für die Kinderfeuerwehren zu gewinnen.

FDP

Wir wünschen uns, dass Menschen mit Behinderung eine Teilhabe bzw. Partizipation bei den Feuerwehren ermöglicht wird. Dazu ist die Aufnahme von Jugendlichen mit Behinderung in die Jugendfeuerwehren erforderlich, danach die Ermöglichung eines ehrenamtlichen Engagements in den Freiwilligen Feuerwehren. Gesundheitliche Hürden für die Aufnahme in die Jugendfeuerwehr sind abzubauen. Bei den Feuerwehren gibt es verschiedene Aufgaben – Menschen mit Behinderung können zumindest für Teilaufgaben oder andere besondere Aufgaben außerhalb der Einsatzabteilungen eingesetzt werden. Etwaige Berührungspunkte sollen durch Sensibilisierung und Aufklärung abgebaut werden. In tatsächlicher Hinsicht soll den Jugendlichen mit Behinderung und den Erwachsenen die Möglichkeit vor Augen geführt werden, in der Feuerwehr aktiv zu sein. Dazu muss eine Barrierefreiheit in Feuerwehrgerätehäusern bestehen. Träger der Unfallversicherungen sollen klare Aussagen zum Versicherungsstatus von Menschen mit Behinderung machen und Feuerwehren in ihrem Geschäftsbereich entsprechend informieren.

Im Rahmen schulischer Ergänzungsangebote halten wir Elemente mit Bezug zum Brandschutz für sinnvoll und möglich. Allerdings bedingt jede Aufnahme von Lehrinhalten in schulische Unterrichtspläne einen Konflikt mit weiteren Bestandteilen des Curriculums. Eine verpflichtende Aufnahme in die Lehrpläne sehen wir daher skeptisch.

Die Grünen

Im Moment setzt das HBKG beim Übergang in die Einsatzabteilung ab vollendetem 17. Lebensjahr die körperliche und geistige Eignung voraus. Durch die barrierefreie Arbeitsgestaltung und Arbeitsorganisation ist es jedoch auch für Menschen, die diese Eignung nicht vollumfänglich mitbringen, möglich, sich aktiv und zum Nutzen aller bei der Feuerwehr einzubringen. Zudem wurde in Hessen eine Regelung mit der Unfallkasse getroffen, so dass Feuerwehrangehörige, die altersbedingt nicht mehr am Einsatzdienst teilnehmen dürfen oder aus anderen Gründen nicht mehr können, weiterhin der Feuerwehr für andere Tätigkeiten zur Verfügung stehen können.

Brandschutzaufklärung und -erziehung ist eine wichtige Aufgabe zur Brandvorsorge. Wir sind der Ansicht, dass gerade junge Menschen früh damit in Berührung kommen sollten. Hier kann und muss auch Schule ihren Beitrag leisten. Die Unterrichtspläne sind jedoch auch heute schon sehr voll gepackt. Die Verstärkung einer Thematik hat somit unmittelbar zur Folge, dass andere Themen weniger stark behandelt werden können. In diesem Sinne müssen die Unterrichtsinhalte regelmäßig überprüft und ein sinnvoller Ausgleich gefunden werden.

Die Linken

Inklusion setzt ebenso wie Integration erstens das Sehen der Chancen und zweitens die richtigen Rahmenbedingungen voraus: Wenn jeder die Chance auf Teilhabe haben soll, dann brauchen Feuerwehren Zugang zu Fördermitteln, zu Förderpersonal sowie räumliche Voraussetzungen zur Inklusion, damit es nicht zu Überforderung kommt. Hessen bietet hier bis heute nur Modellversuche, schafft aber ein flächiges Gelingen der Inklusion bis dato nicht einmal an den Schulen, weil das Fachpersonal und die baulichen Voraussetzungen zumeist komplett fehlen. Das darf nicht sein! Der Anspruch von Inklusion muss fachlich und sachlich unterlegt werden, wenn sie gelingen soll.

Die Brandschutzerziehung sollte integraler Bestandteil der Bildungsarbeit in KiTas und Schulen sein (siehe oben). Eine Gleichsetzung mit der Verkehrserziehung hält DIE LINKE für absolut erwägenswert und würde sich einer Diskussion über die dazu notwendigen Rahmenbedingungen gerne führen.

Frage

CDU

SPD



• Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in der Feuerwehr bietet eine gute Möglichkeit für junge Menschen, sich persönlich und beruflich zu orientieren. Unterstützen Sie dies? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie?

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in der Feuerwehr bietet eine gute Möglichkeit für junge Menschen, sich persönlich und beruflich zu orientieren. Das wollen wir unterstützen!

Das seit 10 Jahren existierende Programm des Landesfeuerwehrverbands, ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Feuerwehr zu absolvieren, sehen wir als großen Erfolg und unterstützen dieses. Es dient dazu, junge Menschen in ihrer Persönlichkeit zu stärken und sie auf den Berufsalltag vorzubereiten.



• Was tun Sie, um die Feuerwehren beim Übergang von Jugendfeuerwehr zur Einsatzabteilung zu unterstützen?

Bereits seit 50 Jahren bietet das FSJ eine außergewöhnliche und vielseitige Möglichkeit für junge Menschen, sich persönlich und beruflich zu orientieren und für den späteren Berufsalltag wichtige Kompetenzen und Fähigkeiten anzueignen. Der Landesfeuerwehrverband Hessen (LFV) bietet inzwischen seit zehn Jahren die Möglichkeit an, ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) bei Feuerwehren in Hessen zu absolvieren. Inklusive des aktuellen Jahrgangs konnten bisher 245 junge Menschen dieses Angebot nutzen. Das Angebot wurde im Rahmen eines vom Land finanzierten Pilotprojekts in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Innenministerium entwickelt. Wir unterstützen dieses bundesweit einzigartige Projekt natürlich weiterhin.

Wir wollen gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband den Übergang von Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung mit geeigneten Programmen verbessern, damit die ehrenamtlichen Feuerwehren auch in Zukunft überall voll einsatzfähig bleiben. Wir werden ehrenamtliche Tätigkeiten bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst besonders berücksichtigen. Unternehmen wollen wir durch eine Kampagne deutlich machen, welche Vorteile aktive Feuerwehrangehörige für diese bringen. Beispielsweise können Feuerwehrangehörige als Ersthelfer, Evakuierungshelfer oder Brandschutzshelfer eingesetzt werden. Auch die Erstellung eines Musters für ein Feuerwehrzeugnis, das die Kommunen Feuerwehrangehörigen ausstellen, halten wir für sinnvoll.



• Wie kann das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden, um Feuerwehrangehörige bei der Einstellung von Auszubildenden und der Vergabe von Studienplätzen zu begünstigen um ihrer gesellschaftlichen Aufgabe besser nachkommen zu können?

Die Förderung des Ehrenamtes in Hessen ist der CDU eine Herzensangelegenheit. Auf Initiative der CDU wurde die Forderung nach einem neuen Staatsziel Ehrenamt in die Beratungen des Verfassungskonvents zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen in die Verfassung eingebracht. Die Bürgerinnen und Bürger in Hessen können nun gemeinsam mit der Landtagswahl

Für den Bereich der Ausbildung verweisen wir auf die vorherige Frage. Aufgrund der Autonomie der Hochschulen sind unsere Handlungsmöglichkeiten beschränkt. Wir wollen uns jedoch in dem uns möglichen Rahmen dafür einsetzen, dass ehrenamtliches Engagement bei der Vergabe von Studienplätzen Berücksichtigung findet.

FDP

Wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag sprechen uns für eine breite Unterstützung und Förderung der hessischen Jugendfeuerwehr aus.

Die Übernahme der Trägerschaft für das Freiwillige Soziale Jahr durch den LFV während Teilhabe der FDP an der Landesregierung hat einen entscheidenden Impuls für die Jugendarbeit gebracht und ist vom Land mit einer Anschubfinanzierung sowie Beratung und fachlichen Hilfestellungen unterstützt worden. Dies wollen wir verstärkt fortsetzen.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer erfolgt. Besonders wichtig erscheint uns auch eine Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt bzw. bei den hauptamtlichen Feuerwehrkräften die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir Freie Demokraten stehen für eine Kultur des Ehrenamts und seiner Anerkennung. Wir setzen uns dafür ein, dass ehrenamtliche Feuerwehrleute ein »Feuerwehrzeugnis« ausgestellt bekommen, dass bei Bewerbungen beigelegt werden kann. Diesbezüglich haben wir bereits einen Antrag eingebracht, der jedoch keine Mehrheit im Hessischen Landtag gefunden hat.

Die Grünen

Ja. Die Landesregierung hat das bundesweit erste freiwillige soziale Jahr in der Feuerwehr initiiert, um die Feuerwehr auf diese Weise jungen Menschen noch näherzubringen.

Nicht nur wegen des demographischen Wandels, sondern auch wegen einem veränderten Freizeitverhalten, der Abwanderung junger Menschen in die Städte und der Neigung sich nur noch punktuell zu engagieren, steht das Ehrenamt vor besonderen Herausforderungen. Zur Stabilisierung der Mitgliederzahlen werden daher regelmäßig landesweite Imagekampagnen für die Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehren und zur Nachwuchsgewinnung angestoßen. Dafür wurden der Hessischen Jugendfeuerwehr beispielsweise für die Jahre 2014 – 2016 insgesamt 360.000 Euro zur Verfügung gestellt. Eine besondere Rolle spielen hier auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, da sie ihre Mitarbeiterin schließlich für den jeweiligen Einsatz freistellen müssen. Daher wird das Land in seiner nächsten Imagekampagne auch die Beziehung von ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen zu ihren Arbeitgeberinnen/Arbeitgebern in den Mittelpunkt stellen.

Das Land und die Kommunen erstatten den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern voll umfänglich die entstehenden Kosten, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen ihres ehrenamtlichen Engagements bei den Feuerwehren am Arbeitsplatz fehlen. Die Kostenerstattung ist unabhängig davon, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dies tun, um an einem Ein-

Die Linken

DIE LINKE möchte das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) durch höhere Zuschüsse attraktiver machen, statt einen verpflichtenden Dienst für junge Menschen wieder einzuführen. Viele junge Menschen wollen aus verschiedenen Gründen einen solchen Dienst leisten, doch man kann davon nahezu nicht leben. Auch die Feuerwehren würden von einem besser ausfinanzierten FSJ profitieren.

Wir halten es für richtig Ehrenamtliche vor Allem rechtlich gegenüber ihrem Arbeitgeber zu stärken. Die Teilnahme an Lehrgängen, Übungen und Einsätzen muss rechtlich zu einhundert Prozent so gesichert sein, dass den Arbeitnehmern keinerlei Nachteile drohen. Die geplante Verankerung des »Staatsziels Ehrenamt« in der Hessischen Verfassung halten wir – wie auch die anderen Staatsziele – für grundsätzlich wichtig. Das es aber nur nahezu reine Absichtserklärungen sein sollen, weil sie gesetzlich und haushalterisch mit nichts hinterlegt sind und jeweils von der Finanzsituation des Landes abhängig gemacht werden, kritisieren wir. Einer beschleunigten Zuteilung von Studienplätzen stehen wir kritisch gegenüber, weil es generell nicht der Normalfall sein darf, auf Studienplätze warten zu müssen.

darüber abstimmen. Wir werben für eine breite Unterstützung dieses Vorhabens. Die von uns eingeführte Ehrenamtskarte werden wir ausbauen und vor Ort weiter verankern. Wir werden prüfen, ob das Hessenticket zum Bestandteil der in diesem Zusammenhang angebotenen Leistungen werden kann.

Die Bedeutung, die wir dem Ehrenamt beimessen, erkennt man auch an Veranstaltungen, wie »Wirtschaft trifft Blaulicht« und dem jährlichen »Runden Tisch« und auch an der noch in diesem Jahr erfolgten deutlichen Erhöhung der Prämien für langjähriges ehrenamtliches Engagement. Aktuell planen und erarbeiten wir einen Kompetenznachweis, in dem Tätigkeitsfelder und Qualifikationen in der Freiwilligen Feuerwehr dargestellt werden können, damit das ehrenamtliche Engagement nicht nur durch das Handeln des Landes gewürdigt wird, sondern zur Vorlage beim Arbeitgeber auch schwarz auf weiß darstellbar ist.

Im Hinblick auf die Aufnahme eines Studiums treten wir dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement auf die Wartezeit für einen Studienplatz angerechnet wird. Wir begrüßen es, wenn auch Unternehmen honorieren und unterstützen, dass sich ihre Mitarbeiter für die Gesellschaft einsetzen.

Einsatzabteilung



• Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um den Einsatzkräften von Feuerwehr und Rettungsdienst die gebotene Wertschätzung in unserer Gesellschaft zu geben?

Wir fordern Wertschätzung gegenüber den Einsatzkräften von Feuerwehr und Rettungsdienst und leben diese vor!

Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte verdienen Anerkennung, Schutz und Respekt für ihren gefährlichen Einsatz. Wer den Kopf für diesen Staat und seine Bürger hinhält, hat die volle Unterstützung unserer Gesellschaft verdient. Keiner darf wegsehen, wenn Hilfskräfte angegriffen oder an ihrem Einsatz gehindert werden. Denn Angriffe auf Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte sind Angriffe auf unsere Gesellschaft, unseren Rechtsstaat und auf unsere Werte. Das können wir nicht

Wir werden der steigenden Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft gegen Polizeibedienstete, Einsatzkräfte von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst entschieden entgegentreten. Die Täter müssen konsequent verfolgt und bestraft werden. Wir brauchen ein umfassendes Maßnahmenpaket und eine breite gesellschaftliche Debatte über mehr Respekt gegenüber Einsatzkräften, die für unsere Sicherheit sorgen und Menschen in Notlagen helfen. Einen Fokus wollen wir auf die Präventionsarbeit legen. Kindern und jungen Menschen zu vermitteln, wie wichtig Polizei, Feuerwehr und Rettungs-

FDP

Die Grünen

Die Linken

satz teilzunehmen oder wegen der Ausbildung am Arbeitsplatz fehlen. Eine Bevorzugung ehrenamtlich engagierte junger Menschen bei der Vergabe von Studienplätzen ist wünschenswert, aber dies würde signifikant in das Auswahlverfahren der Universitäten und Fachhochschulen eingreifen. Zudem ist es fraglich, ob diese Maßnahme die Abwanderung junger Menschen in die Städte aufhalten könnte und den damit den einhergehenden Personalengpass auf dem Land wirklich entschärfen würde. Ein Anreiz sich für die eigene Kommune zu engagieren stellt der Kompetenznachweis für Ehrenamtliche dar. Hierdurch können sich Ehrenamtliche ihre im Ehrenamt erworbenen Fähigkeiten, auch im Hinblick auf eine spätere Berufstätigkeit, bescheinigen lassen.

Wir wissen um die Bedeutung und die Wichtigkeit der Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst.

Für ehrenamtliche Helfer macht sich die FDP dahingehend stark, dass sie ein »Feuerwehrzeugnis« fordert, welches den Ehrenamtlichen bei Bewerbungen im Berufsleben dienlich sein kann.

Wir haben die besonders im letzten Jahr gestiegene Anzahl der Angriffe auf Einsatzkräfte scharf verurteilt. Wir fordern, dass den Menschen, die unsere Bürgerinnen und Bürger täglich schützen, mit Würde und Respekt begegnet wird. Daher haben wir uns als Landesregierung dafür eingesetzt ein klares Zeichen gegen die Gewalt gegenüber Einsatzkräften zu setzen. So wurde beispielsweise mit der hessischen Schutzschleife ein sichtbares Symbol für die Solidarität mit Einsatzkräften entwickelt, das deutlich macht: Gewalt und Respektlosigkeit sind absolut inakzeptabel und werden geächtet.

Einsatzkräfte, Feuerwehren und Rettungsdienste genießen gesellschaftlich zu recht hohe Anerkennung. Dort, wo der Staat als Arbeitgeber auftritt, muss er durch gute Löhne, Sicherheit und Perspektiven Maßstäbe setzen. Die Arbeitsbedingungen und Arbeitsmittel müssen der schwierigen Situation, in der Brand- und Rettungseinsätze stattfinden, jederzeit gerecht werden, damit die Retter sich nicht selbst in Gefahr begeben oder mittelfristig »ausbrennen«. Insbesondere bei den Rettungsdiensten und dem Zusammenspiel mit den finanziell und personell ausgebluteten

Frage

CDU

SPD

akzeptieren. Wir sind solidarisch mit unseren Einsatzkräften. Hierzu hat Hessen auf Bundesebene die Einführung des »Schutzparagrafen« erfolgreich vorangetrieben, das Solidarisierungszeichen – die »Schutzschleife« – aufgelegt und die Kampagne »Rettungsgasse« ins Leben gerufen. Wir werden auch in Zukunft nicht nachlassen uns dafür einzusetzen, dass Angriffe auf Polizei-, Strafvollzugs-, Feuerwehr- und Rettungskräfte mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr geahndet werden müssen. Die steigende Zahl von Übergriffen auf ehrenamtlich Tätige vom Katastrophenschutz über die Rettungsdienste bis zur Kommunalpolitik ist für uns nicht akzeptabel und gefährdet das Ehrenamt insgesamt. Wir wollen mit einem Maßnahmenpaket, zu denen Hilfestellungen ebenso zählen wie verschärfte Strafvorschriften, die ehrenamtlich tätige Menschen vor Ort unterstützen und tatkräftig für die Akzeptanz und Würdigung engagierter Menschen werben.

dienst für unsere Gesellschaft sind, ist ein erster Schritt, den zunehmenden Angriffen entgegenzuwirken.



• Was tun Sie, um das flächendeckende System des Brandschutzes in Hessen durch Erhalt der Ortsteilfeuerwehren zu fördern?

Die derzeitige Rekordförderung für den Brand- und Katastrophenschutz muss fortgesetzt werden. Wir wollen die heutigen Fördersummen für Haupt- und Ehrenamt und so auch den flächendeckenden Brandschutz erhalten. Zum Erhalt der Ortsteilfeuerwehren trägt auch die Kostenübernahme durch das Land für die Teilnahme an Lehrgängen der Hessischen Landesfeuerwehrschule bei. Die Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer werden dafür von ihren zumeist privaten Arbeitgebern freigestellt und bekommen ihre Reisekosten erstattet. Ebenso erstattet die HLFS den privaten Arbeitgebern den Verdienstausschlag für die Dauer des Lehrganges. Dies stellt sicher, dass alle Feuerwehrangehörigen, unabhängig von der Finanzkraft ihrer Kommunen oder der Zahl der Ortsteile, gleichen Zugang zur Aus- und Fortbildung haben. Die Auflösung oder Fusion der Ortsteilfeuerwehren ist entsprechend § 7

Die SPD Hessen steht für ein flächendeckendes System des Brandschutzes durch den Erhalt der Ortsteilfeuerwehren. Denn die Stärke der Feuerwehr ist die Verankerung vor Ort. Dieser Schlüssel sollte nicht aus der Hand gegeben werden. Dort wo Kooperationen sinnvoll sind und auf freiwilliger Basis erfolgen, sind diese zu unterstützen. Es ist uns wichtig, die dezentralen integrierten Leitstellen in allen Landkreisen durch eine zukunftsfähige Technik zu stärken. Des Weiteren soll ein besonderes Augenmerk auf den vollständigen Ausbau des Digitalfunks auch in schwer erreichbaren Gegenden gelegt werden. Punkte wie Netzzunerversorgung und Alarmierungsproblematik müssen ebenso angegangen werden wie die Etablierung eines Notbetriebs. Bei Arbeitgebern wollen wir für die wichtige Arbeit der Hilfsorganisationen werben, damit Freistellungen für Übung, Ausbildung und Einsatz reibungslos funktionieren.

FDP

Die Grünen

Die Linken

Krankenhäusern sehen wir hohen Handlungsbedarf.

Der Brandschutz in der Fläche ist Aufgabe des Landes und der Kommune gemäß dem Hessischen Gesetz über Brand- und Katastrophenschutz. Dabei sind die Aufgaben der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte als Selbstverwaltungsaufgaben in der eigenen Zuständigkeit der Kommunen belassen. Über die Einrichtung von Ortsteilfeuerwehren entscheidet somit die Kommune in eigener Verantwortung. Das Land muss die Kommunen in ihren Bemühungen um den Erhalt der Ortsteilfeuerwehren auch weiterhin unterstützen, z.B. bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen.

Die wichtigste Maßnahme um die flächendeckende Sicherung des Brandschutzes in Hessen im ländlichen Raum sicher zu stellen, ist die finanzielle Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und Feuerwehrlöschhäusern. Für den Brandschutz wird seit 2009, unabhängig von den Einnahmen der Feuerschutzsteuer, jährlich mindestens 30 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die Förderung bedarfsgerechter Ausstattung hessischer Feuerwehren mit Feuerwehrlöschhäusern und Feuerwehrfahrzeugen kann künftig noch weiter ausgebaut werden. Die Garantiesumme der Feuerschutzsteuer wird in 2018 auf 35 Millionen Euro und in 2019 auf 40 Millionen Euro erhöht.

Die Förderung des Brand- und Katastrophenschutzes darf nicht konjunkturabhängig, sondern muss fest und langfristig gesichert sein. Die teilweisen Kostenübernahmen von Lehrgängen der Ortsteilfeuerwehren durch das Innenministerium sichert deren Existenz nicht. Insbesondere die durch die Landesregierung wesentlich zu verantwortende, anhaltend schwierige Finanzsituation der Hessischen Kommunen (Kürzung des kommunalen Finanzausgleiches, Aufgabenübertragungen oder Kostenübernahmen, Hineinregieren über die »Schutzschirmkommunen« und RPs) können die flächendeckenden Brandschutz und Ortsteilfeuerwehren gefährden. Die Kommunen und das Land müssen aber ein höheres Interesse am Erhalt des flächendeckenden Brandschutzes durch Bereitstellung der Mittel zeigen.

HBKG (»In den Ortsteilen sollen Ortsteilfeuerwehren bestehen.«) auch nur mit deren Einverständnis möglich.

Auch die Versorgung unserer Sicherheitsbehörden mit zukunftsfähiger Technik hat für uns Priorität: Die 25 integrierten Leitstellen des Brand-, Katastrophenschutzes und Rettungsdienstes sind in Hessen leistungsfähig und die Einsatzbearbeiterinnen und Einsatzbearbeiter machen einen hervorragenden Job. Diese Struktur der 25 Leitstellen in Hessen hat sich bewährt und steht für uns nicht zur Disposition.

Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern haben wir in Hessen eine einheitliche Leitstellentechnik im Einsatz. Diese gilt es zu erneuern, wobei Hessen auch hierbei eine Vorreiterrolle einnimmt. In keinem anderen Bundesland wird die Landestechnik in so enger Abstimmung mit den unterschiedlichen Nutzern konzipiert. Dabei steht die Vernetzung der 25 Standorte im Vordergrund. Auch das ist einzigartig und sichert die bewährte Leitstellenstruktur auch unter dem Aspekt zukünftiger Anforderungen, wie z.B. Videokommunikation, Notrufüberlauf und Ausfallsicherheit. Auch in Sachen Digitalfunk und im bundesweiten Vergleich in Sachen Netzabdeckung ist Hessen führend. Gerade die Feuerwehren mit ihren Anforderungen und Besonderheiten der Alarmierung der Ehrenamtlichen wurden dabei berücksichtigt. Mit unseren derzeit 414 Basisstationen erreichen wir bereits über 99 Prozent der Landesfläche für den Fahrzeugfunk. Die Versorgung für Handfunksprechgeräte ist in etwa 97 Prozent vorhanden. Damit unsere Feuerwehren, Rettungsdienste, Polizei- und Hilfsorganisationen auch in schwer zu erreichenden Gebieten Digitalfunk nutzen können, werden wir in den kommenden Jahren die Infrastruktur in diesem Bereich mit Hochdruck weiter ausbauen.



FDP

Die Grünen

Die Linken



Frage

CDU

SPD



Der Landesfeuerwehverband Hessen sieht die gesetzliche Hilfsfrist von 10 Minuten als zwingend erforderlich an. Dies dient zum Schutz der Bevölkerung. Wie können Sie die Feuerwehren hierbei unterstützen?

Völlig richtig. Hessen ist das Flächenbundesland mit der ambitioniertesten gesetzlichen Rettungs- bzw. Hilfsfrist. Innerhalb von zehn Minuten muss ein Rettungswagen oder Löschfahrzeug am Unfallort sein, ob im Ballungsgebiet oder im ländlichen Raum. Die CDU Hessen steht klar hinter dieser Hilfsfrist.

Die hessische SPD sieht die gesetzlich vorgeschriebene zehnminütige Hilfsfrist als zwingend notwendig an, um den Schutz der Bevölkerung ausreichend zu gewährleisten. Um diese zu gewährleisten, muss ein flächendeckendes System des Brandschutzes erhalten bleiben. Siehe dazu Antwort auf vorherige Frage.



Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Führungskräfte von Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben zu entlasten?

Wir sind natürlich bestrebt, die zusätzliche Belastung für die Feuerwehrführungskräfte so gering wie möglich zu halten. Im diesem Sinne gibt es eine Vielzahl entsprechender Maßnahmen der CDU-geführten Landesregierung, wie bspw. neue Fortbildungsseminare »Aufgaben der Gemeinden im Brandschutz nach dem HBKG« für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, die Vereinfachung der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen für die Kommunen durch Teilnahme an Landesbeschaffungsaktionen oder die Einführung digitalisierter Verwaltungsabläufe. Diesen Weg werden wir weitergehen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, die Führungskräfte von Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben zu entlasten und den bürokratischen Aufwand für diese so minimal wie möglich zu halten. Dieses Ziel wollen wir durch die Unterstützung durch hauptamtliche Kräfte erreichen.



Wie können Initiativen zur Mitgliedergewinnung in den Einsatzabteilungen unter besonderer Beachtung von Frauen und Migranten gefördert werden?

Die Freiwilligen Feuerwehren helfen allen Menschen, unabhängig von deren Hautfarbe oder Religion oder Geschlecht, deswegen sollte sich auch der Querschnitt der Gesellschaft in ihnen wiederfinden. Wir wollen mit dazu beitragen, dass noch

Wir wollen mit einer guten Öffentlichkeitsarbeit erreichen, dass sich mehr Frauen für die Arbeit in der Freiwilligen Feuerwehr begeistern können. Des Weiteren wollen wir Menschen mit Migrationshintergrund über die Arbeit in der Freiwilligen Feuer-

FDP

Wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag setzen uns für eine bestmögliche Ausstattung der Feuerwehren in Hessen ein. Diese sehen wir als eine elementare Voraussetzung zur Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist. Die Feuerwehren sind so aufzustellen, dass sie in der Regel zu jeder Zeit und an jedem Ort ihres Zuständigkeitsbereichs innerhalb von zehn Minuten nach der Alarmierung wirksame Hilfe einleiten kann.

Die Verwaltungsaufgaben dürfen nicht weiter ansteigen. Außerdem müssen die kommunalen Verwaltungen Unterstützungsleistungen für die ehrenamtlich Tätigen erbringen. Zu prüfen ist, ob hier auch weitere potentielle Tätigkeitsfelder für Menschen mit Behinderung geschaffen werden können.

Die Frage der geeigneten Bewerber orientiert sich weder am Geschlecht noch am Migrationshintergrund. Wegen der nach wie vor mangelnden Repräsentanz der genannten Gruppen in den Feuerwehren ist eine gezielte Werbung sinnvoll.

Die Grünen

Es bleibt eine Daueraufgabe, diese Hilfsfrist zu erfüllen. Wesentliche Bausteine sind ein dichtes Netz an Rettungswachen und Luftrettungsstationen, die eine flächendeckende Versorgung mit Rettungshubschraubern ermöglichen. Durch den Einsatz von sog. Mehrzweckfahrzeugen, die jeweils die komplette Ausstattung für die Notfallrettung besitzen, ist jederzeit gewährleistet, dass zu jedem Notfall ein optimal ausgestattetes und besetztes Rettungsmittel kommt. Um eine flächendeckende Handlungsfähigkeit im Katastrophenfall gewährleisten zu können, wurde bewusst auf eine Verringerung der Präsenz im ländlichen Raum verzichtet.

Führungskräfte sind gerade in Extremsituationen in mehrfacher Hinsicht gefordert und entsprechend belastet. Sie müssen nicht nur sachgerechte, schnell wirksame und effiziente Gefahrenabwehrmaßnahmen veranlassen, sondern auch noch alltägliche Führungsprobleme (Organisation, Kommunikation) bewältigen. Sie sind deshalb von routinemäßigen Verwaltungsaufgaben nach Möglichkeit zu entlasten. Es muss deshalb zum einen nach Wegen gesucht werden, solche Aufgaben innerhalb der Organisationseinheiten auf andere Funktionsträger delegieren zu können. Zum anderen müssen der Umfang der Berichtspflichten und vergleichbarer Verwaltungsaufgaben auf den Prüfstand gestellt werden. Dokumentations- und Berichtspflichten dürfen nicht dazu führen, dass die eigentliche Aufgabe, der Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen, nicht mit vollem Einsatz wahrgenommen werden kann.

Wir unterstützen die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt auch im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes. Daher wurden beispielsweise e-learning-Lehrgänge an der HLFS entwickelt. Zusätzlich gibt es während der Lehr-

Die Linken

Die 10 Minuten Hilfsfrist steht für DIE LINKE unter keinen Umständen zur Diskussion. Welche konkreten Anforderungen dafür – beispielsweise für die 25 Leitstellen, die Kommunikation und Netzabdeckung (nach dem Drama mit der um Jahre verzögerten Einführung und Funktionstüchtigkeit des Digitalfunks) im Einzelnen bestehen, werden wir gerne diskutieren, um dieses Ziel nach Möglichkeit in jedem Fall abzuschließen.

In den zurück liegenden Jahren sind einerseits immer mehr Stellen in der allgemeinen Verwaltung abgebaut, aber unaufhörlich neue Gesetze, Verordnungen und Regelungen erlassen worden. Dies merkt man in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Wenn man – aus Rechts-, Sicherheits- und Gerechtigkeitsgründen – an einer hohen regelungsdichte festhält, dann sollte dies durch entsprechendes, dafür eingestelltes Personal abgesichert werden, damit die Ressourcen an anderer Stelle nicht fehlen.

Wie oben bereits beschrieben steht DIE LINKE für ein möglichst großes Miteinander in unserer Gesellschaft, für die Ziele von Integration, Inklusion und Gleichberechtigung, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Weltan-

Frage

CDU

SPD

mehr Frauen sich in der hessischen Feuerwehr engagieren. Außerdem bietet ehrenamtliches Engagement – wie bereits betont – große integrative Chancen. Für die Teilnahme brauchen wir die entsprechende Bereitschaft der Migrantinnen und Migranten und die passenden Angebote der Freiwilligen Feuerwehren. Daher wollen wir die Integrationskampagne Brandschutz weiterführen. Diese ist ein wesentlicher Bestandteil für die Gewinnung und Schulung von »Interkulturellen Beraterinnen und Beratern Feuerwehr (IkBF)«, die in beide Richtungen informieren und vermitteln sollen. Hinzu kommen der Integrationspreis, der Ideenwettbewerb und die Erstellung entsprechender Flyer und Leitfäden. Dieses Engagement wollen wir weiterführen und stärken.

wehr in unsere Gesellschaft integrieren. Vielen ist das System »Feuerwehr«, das überwiegend von Ehrenamtlichen getragen wird, nicht bekannt. Wir wollen deshalb mit Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen besser über die Arbeit informieren. Wir können uns vorstellen, Pilotprojekte zu starten, die im Rahmen des Sprachunterrichtes das »System« näher erläutern. Gute kommunale Projekte wollen wir unterstützen und zudem Fortbildungen für Feuerwehrangehörige zum Thema Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund fördern.



• Wie werden Sie unsere Initiative um den Ausbau eines Netzes zur Sicherung der Psychosozialen Einsatznachsorge für Feuerwehrangehörige nach belastenden Einsätzen zu unterstützen?

Wir schützen die, die uns schützen. Das gilt in Bezug auf tätliche Angriffe, fehlenden Respekt und im Rahmen einer guten Ausbildung und Ausrüstung, aber genauso im Hinblick auf die psychische Gesundheit unserer Einsatzkräfte. Die »psychologische Einsatznachsorge der UKH (PEN)« soll hier helfen. Besonders belastende Einsätze können für die Helferinnen und Helfer auch schwerwiegende psychische Folgen nach sich ziehen. Hier ist schnelle »Hilfe für die Helfer« gefragt, denn eine schnelle und gute Nachsorge kann weiteren schweren Gesundheitsschäden vorbeugen, zum Beispiel einer posttraumatischen Belastungsstörung, Persönlichkeitsveränderungen oder Überlastungssyndromen. Das Pilotseminar »Nur für uns!« dient der Erweiterung der Psychosozialen Einsatznachsorge sowie der Sensibilisierung für dieses Thema. Mit Ende des Seminars wird im Pilotraum (Landkreise Offenbach und Groß-Gerau sowie für die BF Offenbach) eine Info-Hotline freigeschaltet, über die kurzfristige Termine zur Einsatznachsorge vereinbart werden können. Wir unterstützen den Ausbau solcher Angebote.

Feuerwehrangehörige sind oft die Ersten an Einsatzorten. Sie riskieren bei vielen Einsätzen ihre Gesundheit und ihr Leben. Die Bergung von Unfallopfern nach schweren Verkehrsunfällen sowie die Rettung von Menschen aus Brandwohnungen können die Einsatzkräfte auch psychisch stark belasten. Nach belastenden Ereignissen dürfen sie nicht alleine gelassen werden. Die psychische Belastung darf kein Tabuthema sein. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich deshalb dafür einsetzen, das Netzwerk der psychosozialen Einsatznachsorge auszubauen. Führungskräften gilt es, in diesem Bereich gute Schulungen anzubieten. Aus dem Pilotprojekt »Nur für uns« können sehr gute Erkenntnisse gezogen werden, die wir hessenweit etablieren wollen.

FDP

Darüber hinaus sind wir Freie Demokraten der Ansicht, dass die Mitgliedergewinnung gerade von Frauen in den Einsatzabteilungen noch immer nur dann möglich ist, wenn eine Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Mitgliedschaft bei der Feuerwehr tatsächlich möglich ist. Hierzu müssen neben Kindergarten- und Schulbetreuung weitere Voraussetzungen geschaffen werden, die den spezifischen Herausforderungen von Familie, Beruf und Mitgliedschaft gerecht werden können.

Die Grünen

gänge Angebote zur Kinderbetreuung.

Die Linken

schauung. Entscheidend für uns ist der Charakter und Wille des Menschen, nicht sein Aussehen. Es ist daher richtig, gezielt in ehemaligen »Männerdomänen« um Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und Geschlechter zu werben und bestehende Hürden dazu aktiv abzubauen.

Wir sind uns über die teils psychisch sehr belastenden Einsätze der Feuerwehrangehörigen bewusst. Wir unterstützen die Möglichkeit der psychosozialen Einsatznachsorge umfänglich und wollen insbesondere auch die wichtige Notfallseelsorge weiter erhalten. Eine faire und soziale Absicherung ehrenamtlicher Feuerwehrangehöriger ist für das Fortbestehen des Systems von existenzieller Bedeutung.

Zusätzlich zu den schon bestehenden psychosozialen Nachsorgesystemen wird das Land Hessen ein Projekt des Landesfeuerwehrverbandes Hessen bei der Neukonzeption der Einsatznachsorge unterstützen. Zuerst sollen die Führungskräfte hessenweit im Thema »Psychologische Einsatznachsorge« sensibilisiert werden, um vor Ort Hinweise und Hilfestellungen zu geben. In Tagesseminaren werden Schulungen und Informationsmaterialien angeboten. Weiterhin wird es zuerst in zwei Pilotlandkreisen, einschließlich einer Berufsfeuerwehr, eine anonyme Infoline geben, die direkt von Feuerwehrangehörigen telefonisch kontaktiert werden kann und dann bei einem Psychotraumatologischen Zentrum aufläuft. Das Zentrum hilft anonym und spricht erforderlichenfalls weitere Therapieempfehlungen aus.

Dauerhaft und stark belastende Druck- und Leidenssituation können für Opfer, Opferangehörige wie auch den Helferinnen und Helfern weit über den eigentlichen Einsatzzeitraum hinausgehende Belastungen nach sich ziehen. Leidenszustände und Belastungsstörungen müssen offen thematisiert, richtig erkannt und professionell behandelt werden, statt in neuen Drucksituationen verdrängt zu werden, um nicht dauerhafte Traumata und Schäden zu hinterlassen. Neben offen, professionellen und sensiblen Umgang ist endlich eine dauerhafte Stelle in Hessen zu schaffen, an die sich alle Kräfte wenden können. Hessen ist – nach unserer Kenntnis – hierbei immer noch nicht über Pilotprojekte hinaus, obwohl der Bedarf eindeutig besteht.

Frage



• Eine auskömmliche Mittelzuwendung im Landeshaushalt zur Förderung des Brandschutzes, insbesondere für die Beschaffung von technischem Gerät, welches dem jeweiligen Gefahrenniveau angepasst ist, ist unumstößlich. Wie bewerten Sie dies und welche Mittel beabsichtigen Sie hierfür jährlich insgesamt einzustellen?

CDU

Ziel der CDU Hessen ist es, den Feuerwehrangehörigen die Ausstattung zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um anderen Menschen zu helfen. Wir alle können froh sein, dass es in Hessen viele tausend Ehrenamtliche gibt, die diese wichtige Aufgabe übernehmen. Deswegen ist es auch richtig und wichtig, dass die Kommunen und das Land in die Feuerwehren und somit in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger investieren. Das ist gut investiertes Geld.

Die Garantiesumme der Feuerschutzsteuer liegt in diesem Jahr bei 35 Millionen Euro und wird 2019 auf 40 Millionen Euro ansteigen. Wir wollen das aktuell gute Niveau halten und wo es notwendig ist weiter ausbauen. Wir dürfen an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass diese Unterstützung und Förderung auf Rekordniveau in Hessen erst durch die CDU-geführten Landesregierungen auf den Weg gebracht und stetig erweitert wurde. Die noch unter den rot-grünen Vorgängerregierungen herrschenden Investitionsstaus wurden konsequent abgebaut und sind inzwischen vollständig aufgelöst. Im Unterschied zur Kürzungsverantwortung der SPD haben wir die Mittel permanent erhöht. So hat die CDU-geführte Landesregierung mit 27 Millionen Euro die Fördersumme für Fahrzeuge und Feuerwehrhäuser im Vergleich zum Vorjahr nochmals um fünf Millionen Euro erhöht. Bereits im bisherigen Rekordjahr 2017 wurde mit Investitionen in einer Gesamthöhe von rund 22 Millionen Euro eine Bewilligungsquote von über 90 Prozent der zuwendungsfähigen Maßnahmen erreicht. Inklusiv der Investitionen in die Ausbildung unserer Feuerwehrfrauen und -männer an der Hessischen Landesfeuerweherschule (HLFS) in Kassel und Marburg ist dies Summe von circa 40 Millionen Euro.

Die CDU-geführte Landesregierung garantiert das, weil es uns wichtig ist, dass sich alle Kommunen vernünftige Fahrzeuge und Häuser leisten können. Wir berück-

SPD

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für eine auskömmliche Mittelzuweisung in Höhe von 40 Millionen Euro, wie sie auch im Landeshaushalt für das Jahr 2019 vorgesehen sind, zur Beschaffung von technischem Gerät und Förderung von Initiativen zur Mitgliederwerbung einsetzen.

FDP

Wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag nehmen die Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes ernst und unterstützen daher die Zuweisung zusätzlicher Mittel. Bekanntlich sind die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer starken Schwankungen unterworfen. Das Land Hessen muss deshalb die Möglichkeit haben, auch künftig »normale Haushaltsmittel« zu verwenden.

Die Grünen

Die Förderung bedarfsgerechter Ausstattung hessischer Feuerwehren mit Feuerwehrhäusern und Feuerwehrfahrzeugen kann künftig noch weiter ausgebaut werden. Die Garantiesumme der Feuerschutzsteuer wird in 2018 auf 35 Millionen Euro und in 2019 auf 40 Millionen Euro erhöht.

Die Linken

Durch die Struktur der freiwilligen Feuerwehren »spart« sich Deutschland und Hessen landesweite hauptamtliche Strukturen UND kann trotzdem einen flächendeckenden Brandschutz gewährleisten. Umso mehr kann und MUSS in bestmögliches Einsatzgerät investiert werden. Auch vor dem Hintergrund absehbar immer weiter steigender Temperaturen und Wetterschäden durch den Klimawandel, muss über höhere Zuwendungen an die Feuerwehren nachgedacht werden, beispielsweise durch die Feuerschutzsteuer, eine finanziell bessere Ausstattung der Kommunen und höhere Zuwendungen über den Landeshaushalt. Die aktuell durch die CDU-geführte Landesregierung immer wieder ins Zentrum gerückten »Rekordsummen« resultieren aus der momentan guten konjunkturellen Lage und einem speziell auf den Wahlkampf zugeschnittenen Haushaltsjahr 2018! Diese Summen sind also konjunkturabhängig (Wahlkampf, Steuereinnahmen) und müssten, wie beschrieben, dauerhaft gesichert werden.

Frage

CDU

SPD

sichtigen bei der Höhe der Zuwendung auch die finanzielle Leistungsfähigkeit. Schließlich müssen die Menschen überall in Hessen gleich schnell und gleich gut Hilfe bekommen. Das ist Teil der CDU-Haltung für einen zukunftsfähigen, gut ausgestatteten Brand- und Katastrophenschutz und Zeichen der Wertschätzung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte.



• Verantwortung für Qualität: Was werden Sie konkret veranlassen, um die Ausbildungsmöglichkeiten für Feuerwehrangehörige auf den verschiedenen zu Ebenen zu sichern?

Die Sicherung der Ausbildungsmöglichkeiten ist uns ein Anliegen, dass auch in Zukunft Priorität hat. Feuerwehrangehörige müssen gut ausgebildet sein, um effektiv helfen zu können, aber auch um ihren Dienst unfallfrei zu verrichten. Das Land Hessen stellt unter Führung der CDU pro Jahr etwa 13 Millionen Euro für die Ausbildung unserer Feuerwehrfrauen und -männer an der Hessischen Landesfeuerwehrschule (HLFS) in Kassel und an deren Außenstelle, dem Jugendfeuerwehrausbildungszentrum (JFAZ) in Marburg, zur Verfügung. Diesen Weg gehen wir weiter: Um die Teilnehmerkapazitäten an der HLFS zu erhöhen und Wartezeiten zu verkürzen, bringt das Land Hessen und Führung der CDU für die Jahre 2018 und 2019 darüber hinaus insgesamt rund 5,5 Millionen Euro zusätzlich ein. Allein für das Jahr 2018 werden fast 11.000 zusätzliche Lehrgangsteilnehmertage ermöglicht (plus 20 %). Darüber hinaus werden jährlich weitere 48 Lehrgangsplätze pro Kreis, bzw. kreisfreier Stadt für die Lehrgänge »Persönlichkeit und Führungsverhalten« sowie »Führungsnachwuchskompetenz« angeboten. Hinzu kommen e-Learning-Lehrgänge im Sinne berufs- und familienfreundlicher Fortbildungsmöglichkeiten auf höchstem Niveau. Damit stellen wir sicher, dass wir auch in Zukunft eine hervorragende Ausbildung unserer Feuerwehrfachkräfte gewährleisten können. Der Neubau des JFAZ trägt zu einer fundierten Ausbildung der rund 7.000 ehrenamtlichen Jugendbe-

Der SPD ist es wichtig, dass die ehrenamtliche Arbeit durch gute Ausbildungsmöglichkeiten unterstützt wird. Die Lehrgangsplätze an der Hessischen Landesfeuerwehrschule müssen dringend erhöht werden, wir schaffen deshalb zur Qualitätssicherung genügend Aus- und Fortbildungsplätze für Feuerwehrangehörige. Die Ausbildung muss so ausgestaltet sein, dass diese für Berufstätige gut zu besuchen ist.

FDP

Die Grünen

Die Linken

Grundlage einer guten Führungskultur in der Feuerwehr ist eine gute Ausbildung durch die Wehren vor Ort, aber auch durch ein umfassendes und hochwertiges Angebot der Landesfeuerweherschule. Familienfreundliche Ausbildungsbedingungen, wie die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Kinderbetreuungskosten erstattet zu bekommen, tragen dazu bei, dass diese Angebote auch von Menschen mit Kindern besser genutzt werden können.

Wir bieten den Feuerwehrangehörigen in Hessen eine fundierte Ausbildung sowie ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot an der Hessischen Landesfeuerweherschule (HLFS) an. Dazu gehören beispielsweise Seminare und Ausbildungsinhalte zum Thema Führungskompetenz und weiterer Schlüsselqualifikationen. Dafür werden von der Landesregierung allein im Jahr 2018 rund 16 Mio. Euro in Ausstattung und Personal an der HLFS investiert.

Nach unserer Kenntnis waren oder sind die Ausbildungskapazitäten an den Grenzen ihrer Möglichkeiten. Gerade vor dem Hintergrund von erstens Nachwuchsmangel und zweitens den Gefahren, in die sich (nicht gut aus- und weitergebildete) Rettungskräfte begeben, ist dies für uns nicht nachvollziehbar. Zudem treten wir dafür ein, Ausbildungsteilnehmer rechtlich stärker vor negativen Reaktionen von Arbeitgebern zu schützen: Die Teilnahme an Übungen, Lehrgängen und Einsätzen darf für keinen Arbeitgeber ein Beschäftigungshindernis sein, sondern sollte im Gegenteil belohnt werden. Wir wissen, dass dies real oft anders ist, weil insbesondere durch die immer weitere Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse, sachgrundlose Befristungen, sowie Zeit- und Werkverträgen, die Arbeitnehmer extrem erpressbar wurden.

Frage

CDU

SPD

treuerinnen und -betreuer bei. Für die Zukunft wollen wir gleiche Voraussetzungen für die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen im Feuerwehr- und Katastrophenschutz für Beschäftigte in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst.



• Aus fachlicher Sicht sieht es der Landesfeuerwehrverband als unumstößlich an, die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr auch auf Ebene des Landes in eine Hand zu geben: Unterstützen Sie die organisatorische Zuordnung des Rettungsdienstes als Bestandteil der Gefahrenabwehr in das Innenministerium?

Die Integration der Rettungsdienste in die Zuständigkeit des Hessischen Innenministeriums kann – wie Sie es andeuten – im Hinblick auf eine einheitliche Zuordnung der Gefahrenabwehr perspektivische Vorteile haben und entspricht der bundesweiten Tendenz zur Optimierung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Wir evaluieren diese Option ergebnisoffen.

Einerseits können wir die Argumentation des Landesfeuerwehrverbands gut nachvollziehen. Tatsächlich gibt es gute Gründe, die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in einer Hand zu regeln. Jedoch sehen wir auch Vorteile darin, dass die Zuständigkeit der Rettungsdienste bei dem Ministerium für Soziales und Arbeit verbleibt. Wir wollen uns einer eingehenden Prüfung der organisatorischen Zuordnung deshalb nicht verschließen.



• Der Wandel des Service für den Bürger muss sich auch im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr widerspiegeln. In den bestehenden und bewährten Integrierten Zentralen Leitstellen in Hessen muss die Koordination des Brandschutzes, des Rettungsdienstes, des Katastrophenschutzes sowie des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes stattfinden. Gerade beim Ärztlichen Bereitschaftsdienst kann aus einer Hand geholfen und unnötige Verzögerung für den Hilfesuchenden vermieden werden. Derzeitigen Diskussionen zu einer Auftrennung der Gefahrenabwchbereiche Brand/Katstrophenschutz und Rettungsdienst sind strikt abzulehnen. Wie sieht hier Ihre konkrete Unterstützung aus, um dieses Ziel zu erreichen?

Die SPD in Hessen spricht sich für die integrierten Leitstellen für den Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr aus. Wir befürworten zudem eine Zusammenlegung der Rettungsdienstleitstellen und der Rufnummer des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes. Dies hat sich in Modellprojekten bewährt und dient einer effektiven Steuerung der Patientinnen und Patienten an die richtige Stelle. Derzeit kommt es häufig zu Fehlallokationen, weil den Patientinnen und Patienten nicht bewusst ist, welche Nummer sie in welchen Fällen wählen sollen. Das führt zu häufigen Fehlanrufen beim Rettungsdienst.

FDP

Die Grünen

Die Linken

Die Frage der Ressortverantwortung wird Gegenstand von Koalitionsverhandlungen sein. Dabei wird eine angemessene Abwägung zwischen dem angesprochenen Aspekt der Bündelung einerseits und der Verknüpfung mit dem Krankenhauswesen andererseits vorgenommen werden müssen.

Nach § 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes ist der Rettungsdienst eine öffentliche Aufgabe der Gefahrenabwehr und der Gesundheitsvorsorge. Seine Aufgabe ist es, die bedarfsgerechte, wirtschaftliche und dem aktuellen Stand der Medizin und Technik entsprechende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallversorgung und des Krankentransports sicherzustellen. Diese Doppelnatur des Rettungsdienstes rechtfertigt jedenfalls bislang seine Einordnung in das Sozialressort. Ob fachliche Gründe eine künftige Umressortierung erforderlich machen, bedarf der genauen Prüfung. Wir werden sie ergebnisoffen durchführen.

Die Forderung nach Bündelung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in einer Hand, nämlich dem Innenministerium, ist uns bekannt und entspricht den Entwicklungen in anderen Bundesländern. Wir sehen derzeit nichts, was dem fachlich und organisatorisch entgegen steht, außer der Haltung des Innenministeriums selber.

Grundsätzlich steht die FDP Hessen neuen Behördenstrukturen immer offen gegenüber. Sie müssen Folge einer Aufgabenkritik sowie einer Effizienz- und Evaluierungsphase sein. Nach den bisherigen Erkenntnissen scheint ein totales Nebeneinander von Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst nicht klug zu sein. Eine totale Integration ist das andere Extrem. Wir gehen davon aus, dass ein Mittelweg die geeignete Lösung sein wird.

Wir verweisen auf unsere Antwort zur vorherigen Frage. Die Materie ist sehr komplex und erfordert eine sorgfältige Abwägung der unterschiedlichen Zielsetzungen. Wir stehen fachlichen Argumentengeschlossen gegenüber.

In einer organisatorischen Auftrennung der Gefahrenabwehrbereiche Brand-/Katastrophenschutz und Rettungsdienste überwiegen aus Sicht der LINKEN klar die Nachteile und wir lehnen dies ab. Vielmehr ist aus unserer Sicht an einer nahtlosen Verzahnung und engst möglichem Zusammenwirken zu arbeiten.

Katastrophenschutz



• Die hessische Polizei wurde aktuell mit einer hochmodernen landeseinheitlichen Software zur Einsatzführung bei Großschadenslagen ausgestattet. Werden Sie die Einführung einer solchen Software zur vernetzten und einheitlichen Kommunikation zwischen den Stäben des Katastrophenschutzes als Aufgabe der Landesregierung vorantreiben?

Bei Großschadenslagen ist die Vernetzung und einheitliche Kommunikation zwischen den Stäben des Katastrophenschutzes essentiell. Wenn die Einführung einer modernen Software zu einer effektiven Gefahrenabwehr beitragen kann, wollen wir uns dem nicht verschließen.



• In welchen materiellen und organisatorischen Bereichen sehen Sie im hessischen Katastrophenschutz noch Entwicklungspotential und wie planen Sie dessen Finanzierung?

Neben den Feuerwehren tragen auch die Ehrenamtlichen in den Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit bei. Durch die Steigerung der Garantiesumme für den Brand- und Katastrophenschutz werden auch vermehrt Mittel für die Finanzierung des Katastrophenschutzes frei. Von privaten Trägern fordern wir, dass sie sich auch aktiv in den Katastrophenschutz einbringen.

FDP

Die FDP steht für Digitalisierung wie keine andere Partei. Wir setzen uns neben der Digitalisierung der Verwaltung ebenso im Bereich der Feuerwehren und Rettungsdienste für eine hochmoderne einheitliche Software ein, damit die Kommunikation zwischen den Stäben des Katastrophenschutzes unkompliziert und schnell erfolgen kann.

Wie bereits in der obigen Antwort zu erkennen ist, sieht die FDP insbesondere im Bereich der notwendigen Digitalisierung noch erhebliches Entwicklungspotential. Dem muss im Haushaltsplan in der nächsten Legislaturperiode Rechnung getragen werden.

Die Grünen

Es besteht kein Zweifel: Wenn es bei Großschadenslagen darauf ankommt, muss die Kommunikation funktionieren. Wir sehen es deshalb als eine wichtige Aufgabe an, auch die Feuerwehren künftig mit einer leistungsfähigen, landeseinheitlichen Software auszustatten und werden die Umsetzung prüfen.

Wir sehen hier erst einmal den Bund in der Pflicht seiner Verantwortung für den Katastrophenschutz nachzukommen. Es ist schon sehr befremdlich, dass die Ausstattung des Katastrophenschutzes durch den Bund seit Jahren in großem Umfang hinter den angemeldeten Bedarfen zurück bleibt. Dieses Defizit muss schnellstmöglich behoben werden. Das Land hat in beträchtlichem Umfang auch in diesem Bereich investiert, um die Einsatzfähigkeit des Katastrophenschutzes zu gewährleisten, obwohl die Zuständigkeit eindeutig beim Bund liegt. Wie bereits erläutert haben wir die Garantiesumme aus Landesmitteln für den Brand- und Katastrophenschutz auf 35 Mio. Euro in 2018 und 40 Mio. Euro in 2019 festgelegt und uns für die Fortführung der Ausstattungsoffensive im Katastrophenschutz eingesetzt. Gleichzeitig haben wir auch die zentralen Zukunftsthemen wie Nachwuchsförderung und Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt im Blick. Damit auch die Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz ihre Reaktionsfähigkeit weiter erhöhen können, hat das Innenministerium ein Förderprogramm in Höhe von 250.000 Euro aufgelegt. Die Landesverbände der Hilfsorganisationen können die Mittel zum Ausbau ihrer Betreuungsausstattung (zum Beispiel Feldbetten, Zelte, Decken oder Hygieneartikel) verwenden oder Gebäude ertüchtigen, die der Materiallogistik dienen. Damit sollen die verfügbaren Kapazitäten weiter gestärkt werden.

Die Linken

Über die genauen Nutzungsmöglichkeiten der von Ihnen genannten Polizei-Software für Großschadenslagen und eine mögliche Einbeziehung des Katastrophenschutzes liegen hier zu wenig Kenntnisse vor. Die jüngste Anschaffung im Polizei-Bereich durch den Innenminister wird hier aber sehr kritisch gesehen und hat zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses geführt (UNA 19/3 – Palantir-Affäre). Im Polizeibereich ist weiterhin hoch problematisch, dass es kein bundeseinheitliches Datensystem aller Polizeien der Länder und des Bundes gibt. Eine generelle Vereinheitlichung, die auch den Brand- und Katastrophenschutz bei Großschadenslagen mit einbezieht, macht aus unserer Sicht zumindest dann großen Sinn, wenn sie Datenschutzrechtlich trennbar bleiben und trotzdem eine bessere Vernetzung aller im Falle von Großschäden beteiligten Kräfte ermöglicht.

Feuerwehreviere/ Ehren- und Altersabteilung



- Wie gedenken Sie die Feuerwehreviere und Verbände als Kulturträger zu unterstützen?

Feuerwehreviere und Verbände sind Kulturträger und brauchen für ihre Arbeit die Unterstützung aller staatlichen Ebenen/ Die Anerkennungskultur für langjährigen Dienst in Feuerwehr und Katastrophenschutz wird ausgebaut.

Ehrenamtliches Engagement ist in Hessen vielfältig und im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar. Vom Zivil- bis zum Katastrophenschutz, von Feuerwehren über Jugend- bis Seniorenarbeit, im Sozialbereich und bei Flüchtlingen werden jeden Tag tausende Stunden geleistet. Für uns gilt es, diese ehrenamtlichen Strukturen zukunfts- fest auszugestalten und behutsam den sich stetig ändernden Anforderungen anzupassen. Die von uns eingeführte Ehrenamtskarte werden wir ausbauen und vor Ort weiter verankern. Wir werden prüfen, ob das Hessenticket zum Bestandteil der in diesem Zusammenhang angebotenen Leistungen werden kann. Die Anerkennungsprämie im Brand- und Katastrophenschutz erhöhen wir allerdings schon jetzt: Statt bisher 100, 200 bzw. 500 Euro für 10, 20 bzw. 30 Jahre heben wir die Summen auf 250, 400 und 600 Euro an und weiten den Kreis der Antragsberechtigten auch auf diejenigen aus, die sich im Rahmen der »Sonderregelung für Senioren« auch nach ihrer Mitgliedschaft in der Einsatzabteilung noch in besonderem Maße ehrenamtlich engagieren. Das bedeutet eine Ausschüttung von 2,4 Millionen Euro (statt bisher rund 1,75 Millionen Euro) pro Jahr.

Hinzu kommen verschiedene Möglichkeiten langjährige und besondere Dienste zu ehren. Dazu gibt es Brandschutzehrenzeichen, Brandschutzverdienstzeichen, die Katastrophenschutzmedaille, die Katastrophenschutz-Verdienstmedaille und neu das Bronzene Brandschutzverdienstzeichen und die Goldene Ehrenadel für über 20 Jahre aktiven Einsatz. Die CDU-geführte Landesregierung unterstützt aber auch den Landesfeuerwehrver-

Feuerwehreviere und Verbände sind wichtige Kulturträger und brauchen für ihre Arbeit die Unterstützung aller staatlichen Ebenen.

FDP

Die FDP sieht die Feuerwehrvereine als Kulturträger, die für Tradition, die Sicherung der Lebensqualität und die Identifikation mit dem lokalen Umfeld stehen. In dieser Funktion soll es ihnen auch möglich sein, finanzielle Mittel aus dem Bereich der Kulturförderung zu erhalten. Wir stehen diesbezüglichen Überlegungen und Anregungen offen gegenüber und werden den Dialog mit ihnen gerne fortsetzen. Außerdem wollen wir bürokratische Hürden abbauen, die teilweise in unverständlicher Weise die Zusammenarbeit zwischen Einsatzabteilungen und Feuerwehrvereinen behindern.

Die Grünen

Mit dem neuen Artikel 26f der Hessischen Landesverfassung sollen Schutz und Förderung des Ehrenamtes als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen werden. Damit soll der besonderen Bedeutung Rechnung getragen werden, die das ehrenamtliche Engagement für eine menschliche und solidarische Gesellschaft sowie für die Festigung des demokratischen Gemeinwesens hat. Staat, Gemeinden und Gemeindeverbände werden dazu verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und finanziellen Möglichkeiten der Förderung und Unterstützung von ehrenamtlichen Tätigkeiten für das Gemeinwohl besonders Gewicht beizumessen.

Die Linken

Wie beschrieben ist Hessen auf gut funktionierende freiwillige Feuerwehren angewiesen. Doch im Rahmen von Klimawandel, Verkehrsverdichtung, Digitalisierung und einer sich schnell ändernden Gesellschaft stehen großen Herausforderungen absehbar weniger Ehrenamtliche und Nachwuchskräfte gegenüber – insbesondere im ländlichen Raum und somit bei den freiwilligen Feuerwehren. Auch eine Förderung von Feuerwehren als Kulturträger kann zur Stärkung der Feuerwehren insgesamt beitragen, ebenso die Teilhabe älterer Menschen oder Menschen mit Beeinträchtigung durch gelebte Inklusion: Auch Arbeiten, die außerhalb der eigentlichen Einsätze anfallen, müssen verrichtet werden und können einerseits Einsatzkräfte entlasten und Andererseits zu mehr Teilhabe beitragen. Ehrenamtler können zwar keine Form von unmittelbarer »Bezahlung« erwarten, aber Anerkennung in Form von Aufwandsentschädigung, Vergünstigungen und Ehrungen. Dies sollte in jedem Fall vom Land unterstützt werden.

Frage

CDU

SPD

band mit Zuwendungen für dessen Verbandsarbeit mit insgesamt knapp 280.000 Euro (2017).



• Unser Ziel ist es Möglichkeiten zu suchen, wie Menschen die nicht in den Einsatzabteilungen aktiv sein können/wollen, sich in die Arbeit der Feuerwehr einbringen können. Unterstützen Sie dies?

Gemeinsam suchen wir nach Möglichkeiten wie auch Menschen, die nicht in den Einsatzabteilungen aktiv sein können/wollen, sich in die Arbeit der Feuerwehr einbringen können.

Ja. Gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband wollen wir nach Möglichkeiten suchen, wie auch Menschen, die nicht in den Einsatzabteilungen aktiv sein können oder wollen, sich in die Arbeit der Feuerwehr einbringen können.



• Was tun Sie, um die Anerkennungskultur für langjährigen Dienst in Feuerwehr und Katastrophenschutz auszubauen?

Wertschätzung für ein oft jahrelanges Engagement hört nicht mit einer Altersgrenze auf und sich einzubringen ist nicht nur im aktiven Einsatz möglich. Die Erfahrung und das Engagement von Senioren sind auch nach Erreichen der Altersgrenze für den aktiven Einsatz in der Ausbildung oder der Pressearbeit wichtig und willkommen. Das gilt natürlich auch für Menschen, die aus anderen Gründen nicht aktiv im Notfalleinsatz sein können – sie engagieren sich bereits als Vorstandsmitglieder oder oft auch als Betreuerinnen und Betreuer der Kinderfeuerwehren. Sich einzubringen hat viele Facetten. Das möchten wir auch in Zukunft honorieren und fördern.

Für das Funktionieren unseres Gemeinwesens sowie die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist die Arbeit der Feuerwehren unverzichtbar und kann deshalb nicht hoch genug anerkannt werden. Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist nicht bewusst, dass die Einsätze von Ehrenamtlichen gestemmt werden, weil ihnen sehr professionell geholfen wird. Wir wollen deshalb die öffentliche Anerkennung des Feuerwehrdienstes fördern. Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit in der freiwilligen Feuerwehr darf sich aber nicht darauf beschränken nur zu bestimmten Anlässen Orden oder Dienstabzeichen zu verleihen. Neben dem Ausbau der Anerkennungskultur für langjährige Dienste wollen wir auch kürzere Zeiten ehrenamtlichen Engagements stärker berücksichtigen.

FDP

Die Grünen

Die Linken

Wir Freie Demokraten unterstützen die Idee, dass Menschen, die sich nicht am Einsatzgeschehen beteiligen können oder wollen, auf andere Weise an der Feuerwehr teilhaben können. Dies kann beispielsweise durch die Übernahme von Verwaltungsaufgaben oder anderer besonderer Aufgaben geschehen.

Ja, beispielsweise durch entsprechende Image-Kampagnen der Landesregierung und durch verstärkte Einbindung interessierter Seniorinnen und Senioren.

Die FDP setzt sich für eine Wertschätzung und eine Anerkennungskultur für die Feuerwehrmitarbeiter ein.

Für die Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehren fordern wir ein sog. Feuerwehrzeugnis, das diesen zum Beispiel im Rahmen von Bewerbungen bei einer Stellensuche hilfreich sein kann. Dafür hat sich die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag bereits in der laufenden Legislaturperiode eingesetzt.

Für den Einsatz in den Freiwilligen Feuerwehren haben wir ermöglicht, dass bei langjährigem Engagement eine Anerkennungsprämie gezahlt werden kann. Auf Bundesebene verfolgen wir weiterhin das Ziel steuerlicher Entlastungen ehrenamtlicher Betätigung.

Seit 2011 gibt es in Hessen eine Anerkennungsprämie für aktive Einsatzkräfte, was in Deutschland bisher einmalig ist. Bis 2018 betrug diese bei einer Dienstzeit von 10 Jahren 100 Euro, bei einer Dienstzeit von 20 Jahren 200 Euro, bei einer Dienstzeit von 30 Jahren 500 Euro und bei einer Dienstzeit von 40 Jahren 1000 Euro. Diese Anerkennung wurde von uns rückwirkend zum 1. Januar 2018 erheblich angehoben. So beträgt die Anerkennungsprämie für Jubiläen ab dem 1. Januar 2018 nun bei einer Dienstzeit von 10 Jahren 250 Euro, bei einer Dienstzeit von 20 Jahren 400 Euro, bei einer Dienstzeit von 30 Jahren 600 Euro und bei einer Dienstzeit von 40 Jahren 1000 Euro. Voraussetzung für den Erhalt der gestaffelten Anerkennungsprämie ist die aktive Dienstzeit in einer Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr.

Wir haben in den vergangenen Jahren außerdem eine Vielzahl von Programmen auf den Weg gebracht hat, mit denen die Ehrenamtsförderung im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes maßgeblich gestärkt und eine Anerkennungskultur geschaffen wird, die die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit im Brand- und Katastrophenschutz als unschätzbaren Beitrag für unser gesamtgesellschaftliches Zusammenleben anerkennt. Dazu gehören unter anderem Imagekampagnen und zahlreiche Ehrungsmöglichkeiten ge-

Entwicklung der Besoldungsstruktur der hauptamtlichen Feuerwehrkräfte



- Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie die in den letzten Jahren entstandenen Nachteile in der Besoldung der hessischen Feuerwehrbeamtinnen und -beamten ausgleichen bzw. an das Besoldungsniveau zum Beispiel des Landes Bayern angleichen?

nen Nachteile in der Besoldung der hessischen Feuerwehrbeamtinnen und -beamten ausgleichen bzw. an das Besoldungsniveau zum Beispiel des Landes Bayern angleichen?

Die restriktive Besoldungspolitik der Landesregierung hat zu Nachteilen für die Feuerwehrbeamtinnen und -beamten sowie zur Abwanderung in andere Bundesländer geführt. Die steigenden Anforderungen müssen sich in einer angemessenen Besoldung niederschlagen. Für uns ist es wichtig, dass das Besoldungsrecht dem Tarifrecht folgt und alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angemessen an der Einkommensentwicklung teilhaben können. Besoldungsdiktate und Nullrunden wird es mit uns nicht geben. Wir wollen die Feuerwehrlaufbahnverordnung anpassen und vorhandene Nachteile beseitigen. Für die Feuerwehrzulage wollen wir die Ruhegehaltfähigkeit einführen.

FDP

Die Grünen

Die Linken

nauso wie beispielsweise die Auszeichnung »Feuerwehr des Monats« und Anerkennungsprämien für langjährige aktive Dienstzeit in Einsatzabteilungen der freiwilligen Feuerwehr in Höhe von insgesamt jährlich rund 1,7 Mio. Euro.

Die FDP steht in der kommenden Legislaturperiode, soweit Spielraum besteht, der Prüfung einer Anpassung offen gegenüber. Weitere Nullrunden bei der Besoldung wird es mit der FDP nicht geben.

Das einmalige Aussetzen und die befristete Begrenzung der Besoldungserhöhung waren in der konkreten Situation aus Haushaltsgründen geboten und rechtlich vertretbar. Wir wollen aber, dass Tarifabschlüsse für Beamtinnen und Beamte nach Möglichkeit übernommen werden können. In den vergangenen Jahren ist dies in einigen Bundesländern – auch in Hessen – nicht immer gelungen, weil die öffentlichen Haushalte einen Konsolidierungskurs zur Einhaltung der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse eingeschlagen hatten. Deren Ziel ist es, dass der Staat in wirtschaftlich normalen Zeiten nicht mehr ausgibt als er einnimmt und die Verschuldungspolitik zu Lasten kommender Generationen beendet. Dieser Kurs hat vielen eine Menge abverlangt – auch dem Personal des Landes. Heute stehen die Landesfinanzen sehr solide da und der letzte Tarifabschluss wurde auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen. Außerdem ist das neue Landesticket ein Vorteil von dem die Beamtinnen und Beamten und Tarifbeschäftigte des Landes gleichermaßen profitieren. Es berechtigt zur Freifahrt im hessischen ÖPNV und nach 19:00 Uhr und am Wochenende auch zusammen mit der Familie. Allein das kann für Pendlerinnen und Pendler eine Ersparnis von bis zu 2000 Euro im Jahr darstellen.

Wie oben bereits erwähnt haben wir die Entscheidungen der Landesregierung, erstens bis heute nicht in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zurück zu kehren und zweitens, die abgeschlossenen Tarifergebnisse nicht zeit- und inhaltsgleich auf die hessischen Beamtinnen und Beamte zu übertragen und drittens sogar Nullrunden zu verordnen und Beihilfeleistungen zu reduzieren, auf das Schärfste kritisiert. Als Landtagsopposition rechnen wir jedes Jahr in unseren Haushaltsanträgen vor, wie ein besser bezahlter und gut ausgebauter Öffentlicher Dienst in Hessen finanzierbar wäre. Leider geben die politischen Mehrheiten bis heute eine Umsetzung dessen nicht her.

Dies hat zur Folge, dass insbesondere im Rhein-Main-Gebiet große Schwierigkeiten bestehen, Personal für die Berufsfeuerwehren zu finden und zu halten, da nur wenige Kilometer weiter, in Bayern oder in Rheinland-Pfalz, wesentlich besser bezahlt wird. Die Berufsfeuerwehren haben die Dramatik der Situation in Landtagsanhörungen mehr als deutlich gemacht. Demnach schon heute einige Feuerwehrwachen nicht mehr voll besetzt werden. Die CDU-geführte Landesregierung macht – abgesehen von Lohn- und Investitionssteigerungen im Wahljahr – bis jetzt keine Anstalten, von dieser Linie abzurücken. Im Gegenteil steht zu erwarten, dass eine CDU-geführte Landesregierung ab 2019 ihren Sparkurs auf Kosten des Öffentlichen Dienstes wieder fortsetzen wird.